

DEBATTE GREEN NEW DEAL

GRÜNER KAPITALISMUS ODER SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION?

Die Verschränkung von ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Nun wird mit dem Green New Deal von unterschiedlichen Seiten ein attraktives Projekt formuliert, das Wirtschafts-, Job- und ökologische Krise zu lösen und eine Periode eines grünen Kapitalismus einzuläuten verspricht.

Inwiefern ein solches Projekt wirklich tragfähig ist, zur Lösung der Krisen beiträgt und auch soziale Belange und Gerechtigkeitsfragen mit Blick auf den ›globalen Süden‹ berücksichtigt oder nicht, wurde im Rat für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS – diskutiert. Dort sollen linke Positionen entwickelt werden, die interventionsfähig, wechselseitig anknüpfungsfähig sind und zugleich Ansätze einer radikalen Realpolitik in Richtung auf sozialistische, sozial-ökologische Transformation skizzieren.

Wir dokumentieren einen Teil dieser Debatte.

BASIS WECHSELN.

FÜR EINE LEBENDIENLICHE

MARKTWIRTSCHAFT

WOLFGANG SACHS

Warum ist Europa einst zur dominanten Macht in der Welt aufgestiegen? Ich möchte mich auf eine – wie es sich für mich gehört – ressourcenzentrierte Hypothese konzentrieren, basierend auf *The Great Divergence* von Kenneth Pomeranz (2000). Bis 1780 waren die großen Zivilisationen der Welt ungefähr auf demselben Entwicklungsniveau, insbesondere China und Europa, bzw. das Yang-Tse-Delta auf der einen und England auf der anderen Seite. Beide Zivilisationen hatten ein ähnliches Problem: Die wirtschaftliche Entwicklung war an Grenzen gelangt, damals auch schon an ökologische Grenzen, die Grenzen der Fläche. Denn in einer biomassezentrierten Ökonomie, in der vorindustriellen Solarwirtschaft, ist Land die wichtigste Ressource. Land bzw. Wald stellen Treibstoff, Wärme, Material und natürlich auch Nahrung bereit. Es kam – wie jeder Umweltschützer weiß – in Europa zur Holzkrise. Die Problematik in China war ganz ähnlich.

Weshalb hat England es geschafft, diese Beschränkungen zu überwinden und den Sprung nach vorne zu machen?

England war in der Lage, zwei Typen von Ressourcen zu mobilisieren. Erstens: biotische Ressourcen aus den Kolonien. Wenn eigenes

Land knapp wird, wird versucht Land jenseits der Grenzen zu mobilisieren. Dies ist eine mögliche Charakterisierung von Kolonisierung. Im Grunde waren die Kolonien Orte, aus denen England biotische und andere Ressourcen bezogen hat. China hat keine Überseeentwicklung durchgemacht und hatte nur lockere Vernetzungen im Umkreis des chinesischen Meeres.

Zweitens, England hat es geschafft, in die Kruste der Erde einzugreifen, also Kohle in Arbeitsenergie umzuwandeln. »Unterirdischer Wald« war der mittelalterliche Ausdruck für Kohle. Die Möglichkeit, Kohle, also unterirdische Fläche, zu fördern, hat wiederum große Chancen eröffnet, Land zu substituieren – England war um 1840 über Kolonien und Kohle in der Lage, eine Fläche zu mobilisieren, die schätzungsweise so groß war wie England selbst. China wiederum verfügte über Kohle, aber v.a. im Nordosten. Es gab also ein geographisches Problem innerhalb des Riesenreiches.

Der Ausgriff in die Weite des geographischen Raums und der Griff in die Tiefe der geologischen Zeit waren zwei wesentliche Bedingungen für den Aufstieg der euroatlantischen Zivilisation. Ohne diese würde die Gestalt der industriekapitalistischen Gesellschaften ganz anders aussehen.

DAS ENTWICKLUNGSDILEMMA

Warum diese Geschichte nacherzählen? Weil beide Bedingungen im 21. Jahrhundert nicht mehr ohne weiteres verfügbar sind. Natürlich gibt es nach- und neokoloniale Strukturen, der Zugriff auf Kolonien ist jedoch sehr viel schwieriger. Darum drehen sich auch

viele Konflikte *innerhalb* der großen Schwellenländer, es handelt sich im Grunde um Kolonisierungskonflikte im eigenen Land: in Brasilien, Indien, Indonesien – Kämpfe um die biotischen Stoffe und andere Ressourcen im eigenen Land, notwendig für die industrielle Entwicklung.

Außerdem sind die Vorräte an Kohle, Öl, Gas etc. begrenzt, und ihr Verbrauch richtet mittlerweile ein Klimachaos an. Die Zugänglichkeit, der niedrige Preis und auch die langfristige Dauerhaftigkeit dieser Ressourcen sind in Frage gestellt. Die drei Großkrisen hängen zusammen: Das Klimachaos läuft eher im Hintergrund. Deutlich ist das Erreichen des *peak oil* und der damit verbundenen Folgen, angefangen von enormen Preissteigerungen. Die Krise der biologischen Ressourcen, also die Erschöpfung der Fischbestände, der Grasnarbe, der Fruchtbarkeit der Böden, der Wälder usw. trifft v.a. den globalen Süden, auch weil viel mehr Menschen ihren Unterhalt direkt davon bestreiten müssen.

Die historische Situation kann also so beschrieben werden: Die euro-atlantische Zivilisation hat einen Start zu glänzendem Reichtum gemacht, aber die Bedingungen, die diese Entwicklung möglich machten, sind immer weniger verfügbar. Das führt offensichtlich in ein Dilemma. Jener Aufstieg der euro-atlantischen Zivilisation hat eine ungemeine symbolische Kraft entwickelt. Die Imagination der Welt ist in hohem Maße geprägt vom Lebens- und Produktionsstil dieser euro-atlantischen Zivilisation. ›Entwicklung‹ heißt häufig nichts anderes als ›so zu werden wie die Reichen‹. Dieser Sieg der euro-atlantischen Zivilisation

setzt Standards, ist zur Projektionsfläche für Wünsche nach einem besseren Leben geworden. Es gibt kaum mehr ein Dorf in der Welt, in das die Bilderfetzen dieser euro-atlantischen Zivilisation nicht vordringen. Ihre Erfüllung wird immer unmöglicher. Darin steckt ein exklusives Potenzial. Das macht das Entwicklungsdilemma aus: Die Formen von Wohlstand, von Reichtum, von attraktivem Leben, die in unserer Zivilisation entwickelt worden sind, sind nicht gerechtigkeitsfähig, d.h. sie können auf der Welt nicht verallgemeinert werden. Das hat mit Verteilungsfragen nur begrenzt etwas zu tun, unsere Zivilisation ist strukturell nicht gerechtigkeitsfähig. Selbst wenn wir alle eine gerechte Verteilung wollten, würde uns das nur schneller der biologischen und ökologischen Katastrophe entgegenreiben. Die Struktur verlangt, dass nur wenige daran teilhaben.

Deshalb gibt es nur zwei Wege. Der eine Weg ist, am Wohlstandsmodell der industriellen Moderne festzuhalten. Der andere Weg zwingt uns, sofern man eintritt für eine demokratische Weltgesellschaft, das überlieferte Wohlstandsmodell in Frage zu stellen. Das ist eine der Thesen in unserem Buch *Zukunftsfähiges Deutschland* (Wuppertal Institut 2008) – bzw., wir nehmen nur auf, was viele gedacht, erprobt und entwickelt haben: dass Gerechtigkeit nicht mehr von Ökologie zu trennen ist. Jeder, der für mehr Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde auf unserem kleinen Planeten eintritt, ist gezwungen, ökologisch zu sein. Oder: Es kann auch nicht mal mehr die Spur einer sozialistischen Idee geben, ohne ökologisch zu sein. Die Forderung für die

nächsten Jahrzehnte lautet, Wohlstandsmodelle zu erfinden, die gerechtigkeitsfähig sind, die Ressourcen schonen und naturverträglich sind.

ÖKOLOGISCHER WOHLSTAND

Was könnte das heißen, nicht als abstrakte Utopie, sondern als Prozessutopie? Ich möchte eine Metapher verwenden, um die Überlegung zu vereinfachen. Denken Sie an einen Tanker und ein Segelschiff. Der Tanker ist gewaltig, mächtig, kraftvoll, groß, zieht durch die Weltmeere, befördert enorme Lasten. Das Segelboot ist leicht, klein, wendig, aber tänzelt ein bisschen unschlüssig herum, kann nicht im Entferntesten die Lasten transportieren, die der Tanker aufnimmt. Betrachten Sie den Tanker als Symbol für die Industriegesellschaft und das Segelboot als ein Symbol für eine ökologische Ökonomie. Letztere bedingt, beim Auslaufen möglichst wenig Gewicht zu laden. Das Gewicht im Segelboot muss gut optimiert sein, zwischen denen, die drin sitzen, den für die Fahrt nötigen Dingen wie Wasser, Nahrung etc., und der Last – diese muss begrenzt bleiben, sonst droht Manövrierunfähigkeit. Daraus ergibt sich die erste Dimension für einen Wandel zum ökologischen Wohlstand: Dematerialisierung. Wie kann eine Ökonomie gestaltet werden, die mit einem drastisch geringeren Durchsatz an Naturressourcen, also Energiestoffen, Wasser und Fläche auskommt? Das ist nicht nur eine Frage unmittelbaren Managements, erfordert vielmehr eine neue Richtung des technischen Fortschritts. Denn letzterer bestand in den letzten 150 Jahren darin, immer mehr mit immer weniger Leuten zu produzieren. Die Logik verschiebt sich:

Wie kann man eigentlich mit immer weniger Energie und Stoffen und Wasser produzieren? Damit ist im Grunde die gesamte Hardware der Gesellschaft, von den Gebäuden über Maschinen bis zu digitaler Software (die immer mehr Strom verbraucht), in Frage zu stellen.

In unserem Buch werden in diesem Zusammenhang drei Dinge angesprochen, die ich hier nicht ausführen kann: leichte Produkte, Produktionsverfahren, die ressourcenleicht sind und als delokalisierte Netze miteinander verknüpft sind. Es ist nicht vertretbar, dass z.B. auf der Strecke zwischen Kohlenflöz und Glühbirne ungefähr 60–70 Prozent der Energie verloren geht. Es ist keine Frage, dass es möglich wäre, durch andere Energie-, Produktions- und Versorgungsstrukturen diesen Verlust der Primärenergie auf vielleicht 20 Prozent zu beschränken. Im Grunde lässt sich diese Logik durch viele Produktionsketten hindurch verfolgen. Darüber hinaus ist ein Übergang von Produkten zu Dienstleistungen nötig.

Eine zweite Dimension für einen Übergang zum ökologischen Wohlstand ist *Naturverträglichkeit*. Faszinierend an einem Segelschiff ist, dass Schnelligkeit und Kraft aus einem Naturstrom gewonnen wird, ohne diesen zu zerstören. Es nutzt den Wind, ohne ihm Kraft zu nehmen. Mehr noch: Segelboote sind schneller, wenn sie gegen den Wind fahren – dank Jahrhunderten von Erfahrung mit dem Design von Booten, Takelage, Segeln. Darin steckt der Kern der Idee regenerativer Energien: Es ist die Kunst, Naturflüsse mit menschlicher Intelligenz zu nutzen, ohne diese Naturflüsse zu zerstören. Diese Logik

steht dem Tanker gegenüber, der bekanntlich den Bestand plündert, der in der Erdkruste sitzt und nichts zurückgibt, ganz anders als das Segelboot. Wenn wir in diesem Zusammenhang von Dematerialisierung sprechen, sollten wir nicht nur Stoffe betrachten, sondern auch Strukturen, weil ein guter Teil unserer zentralistischen, kapitalintensiven und grenzüberschreitenden Produktionsweise auf der Verwaltung und Nutzung fossiler Energieströme beruht. Hier eröffnen sich mit regenerativen Energien neue Chancen auch für andere Produktionsstrukturen, zumindest im Energiebereich und angelagerten Sektoren. Denn vor allem Gas und Öl kommen nur an wenigen Orten der Erdkruste vor, die

Konsumenten oder Nutzer aber sind verstreut über die ganze Welt. Dies erfordert, tausende Kilometer an Entfernungen zu überbrücken, von den angezapften Lagerstätten über die Verarbeitung bis zur Distribution an Konsumenten. Dies ist ein Grund für Zentralisierungstendenzen der Industrie, getrieben von den technologischen Erfordernissen der Energieversorger.

Anders mit regenerativen Energien: diese sind praktisch, weil die Sonne, weil Wasser, Biomasse im Allgemeinen überall vorkommt, so dass im Idealfall die Distanz zwischen Ort der Produktion und Ort des Konsums auf null schrumpfen kann. Der Konsument kann gleichzeitig Produzent sein und umgekehrt.

ÖKOSOZIALE PERSPEKTIVEN ERKLÄRUNGEN UND DEBATTEN IM UMFELD DES WELTSOZIALFORUMS IN BELEM/BRASILIEN 2009

»Die Welt leidet am Fieber, dem Klimawandel, und die Krankheit ist das kapitalistische Entwicklungsmodell«
Evo Morales, Präsident Boliviens, 2007

Die ökosozialistische Erklärung von Belem, maßgeblich entwickelt von Michael Löwy, Gabriela Barbosa, Danielle Follet, Ian Angus, Joel Kovel u.a., formuliert eine scharfe Kritik an kapitalistischer Inwertsetzung von Natur und Mensch, imperialer Aneignung und Ausbeutung sowie Wachstumszwang: »Unbegrenzt ökonomisches Wachstum ist inkompatibel mit endlichen und fragilen

Ökosystemen, doch das kapitalistische Wirtschaftssystem toleriert die Grenzen des Wachstums nicht.« Nichtsdestoweniger setzen die für die ökologische und ökonomische Krise Verantwortlichen auch die Bedingungen der Krisenbearbeitung ohne Marktmechanismen und Akkumulation in Frage zu stellen. Ohne wesentliche Veränderung der Logik führe dies – trotz leichter Verbesserungen im Einzelnen – zu weiterer Zerstörung und Unterdrückung von Mensch und Umwelt. Daher plädieren die vielen hundert Unterzeichner – auch gegen einen linken Produktivismus – für eine ökosozialistische Perspektive, »die die Ziele des Sozialismus innerhalb eines ökologischen und demokratischen Rahmens neu definiert«. Sie zielt auf eine gesellschaftliche Transformation, die qualitative Entwicklung statt quantitatives

Auf Grund dieser Eigenart regenerativer Stoffe, die überall verfügbar sind, verändert sich mit den *Prosumers* (Produzenten und Konsumenten fallen zusammen) die Struktur der Energieversorgung. Also ist die Perspektive der Naturverträglichkeit eine Perspektive von ungezählt vielen Miniproduzenten an Energie, die durch ein Netz miteinander verbunden sind, nach dem Modell des *distributed computing* – nun *distributed energy generation*. Diese Strukturfrage der *Dezentralisierung*¹ als dritter Dimension ökologischen Wohlstands ist hochpolitisch, weil sie sich nicht von allein, quasi ›technologisch‹ einstellt.

Die vierte Dimension ökologischen Wohlstands: Das Segelboot kann unsere

Faszination wecken, aber letztendlich wird man zugestehen müssen, dass das Segelboot nicht so viel leisten kann wie der Tanker. Es kann nicht so viele Lasten transportieren, nicht so lange Distanzen überwinden, es ist nicht so zuverlässig wie der Tanker, abhängig von unsteten Winden. Die Folge: Es wird auch die ökologische Zivilisation nicht dieselben Leistungen zur Verfügung stellen können wie die Industriegesellschaft. Zentral ist also *Selbstbegrenzung*.

Naturverträglichkeit und Dezentralisierung produzieren selbst wieder neue Probleme, bzw. sind nicht durchhaltbar, wenn sie nicht gleichzeitig mit der Komponente Selbstbegrenzung verbunden sind, bezogen

Wachstum befördert. Dies bedeutet auch Schrumpfung bestimmter Sektoren und die Stärkung anderer. Dazu bedarf es einer radikalen Demokratisierung, auch der Wirtschaft, sowie der Entscheidungen über Investitionen und technologische Entwicklungen. Zentral ist dabei die Konzentration auf alle »kreativen« und »reproduktiven Aktivitäten, wie Kindererziehung, Pflege, Bildung, Kunst«, also auch der Geschlechterverhältnisse – und nicht zuletzt »Ernährungssouveränität« mit Blick auf Nord-Süd-Verhältnisse. Denn am stärksten unter Inwertsetzung und Krise leiden die Ärmsten und die Indigenen, deren Lebensraum bedroht ist. An ihr Wissen und an die sozialen Kämpfe um ökologische und soziale Gerechtigkeit gelte es anzuknüpfen.

(Erklärung: www.ecosocialistnetwork.org)

Im Rahmen von Debatten auf oder im Umfeld des Weltsozialforums fand diese Erklärung viel Unterstützung wie auch solidarische Kritik, etwa für eine stärkere Verknüpfung der ökologischen und entwicklungspolitischen Interessen mit den Interessen von Industriearbeitern im globalen Norden, die durch die Krise stark unter Druck stehen.

Eingefordert wird u.a. die internationalen Klimapolitiken differenzierter zu betrachten und nicht pauschal als marktwirtschaftlich abzulehnen, sondern sich aktiv einzubringen, um eine Verschärfung von Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen zu erreichen.

(Weitere Diskussionbeiträge:
<http://climateandcapitalism.com/?p=655>)

nicht zuletzt auf Zeit und Geschwindigkeit. Die Industriegesellschaft hat hochgeschwinde Fahrzeuge und Vernetzungen produziert, die viel Energie verbrauchen.

Die Frage, die sich stellt: Bietet nicht Entschleunigung wiederum neue Qualitäten auf gleichzeitig viel sparsamerem Ressourcen- und Energieniveau? Das klassische Beispiel – Suffizienz als technisches Designprinzip – wäre eine Automobilflotte, in der kein Auto schneller als 150 Stundenkilometer fahren kann. Die Leistungsbegrenzung, das mittlere Leistungsniveau wird zum Konstruktionsprinzip. Dies ermöglicht auch Fahrzeuge mit anderem Gewicht, mit anderen Materialien. Aerodynamik spielt keine Rolle mehr, weil sie nur jenseits von 100 Stundenkilometern interessant ist. Das heißt, wir sprechen von

einer neuen Generation von Technologien, die Suffizienz als Prinzip verfolgen und naturverträglich sein können, weil sie keine Benzinfahrzeuge mehr sein werden.

Auch Regionalisierung oder Dezentralisierung bedeutet ein Stück Selbstbegrenzung in der geographischen Verflechtung, nicht zuletzt bei Ernährung, Tourismus, Dienstleistungen usw. In diesen Bereichen zeichnen sich bereits neue Qualitäten ab, die wieder kultiviert werden. Schließlich haben Selbstbegrenzung und Lebenskunst etwas miteinander zu tun, weil uns bekanntlich die Großproduktion von Gütern der wertvollsten Ressource beraubt, nämlich der Zeit, über die wir alle als Personen verfügen. Wahrscheinlich gibt es einen *trade-off* zwischen Reichtum an Gütern und einem Reichtum an Zeit. Darum ist es nahe liegend, dass eine

Deutlich schärfer mit den gegenwärtigen Politiken ins Gericht geht die Erklärung des National Forum of Forest Peoples and Forest Workers aus Indien, das in den letzten Jahren zahlreiche Wald-Rechte-Komitees gebildet hat. »Wir, die Menschen des Waldes der Welt« lehnen eine Integration in eure Welt ab und »wählen fröhlich, unzivilisiert zu bleiben«. Denn letztlich handle es sich nicht um eine Wirtschafts- oder Klimakrise, sondern um eine »Zivilisationskrise«. Zornig wird die Zerstörung ihrer Lebensweise und der »Zyklen von Mutter Natur« angeprangert und zum globalen Widerstand aller Marginalisierten aufgerufen, insbesondere gegen die Inwertsetzung der Wälder und Naturressourcen. In eine ähnliche Richtung,

jedoch perspektivisch nach vorn gerichtet, als Angebot an für ein gemeinsames Projekt, geht die (spanisch-sprachige) Erklärung der indigenen Völker. Vor dem Hintergrund der Mobilisierung der vergangenen Jahre, nicht zuletzt in Bolivien und Ecuador, stellt sie die Lebensweise ins Zentrum, zielt auf Selbstbestimmung und Autonomie, gemeinschaftliche Rechte, Klimagerechtigkeit und »gutes Leben« (*buen vivir*).

(Weitere Beiträge:

<http://updatecollective.wordpress.com/2009/06/22/dehradun-declaration-of-forest-peoples-on-environment-justice/>,
http://movimientos.org/fsm2009/show_text.php?key=13675).

Reduktion der Produktion von Gütern durchaus mit neuen Qualitäten, in diesem Fall Wohlstand an Zeit, einhergehen kann.

LEBENDIENLICHE MARKTWIRTSCHAFT

Die Metaphorik von Peter Barnes (2008) aufgreifend: Der Kapitalismus braucht ein neues Betriebssystem. Kapitalismus 1.0 war der Manchesterkapitalismus, Kapitalismus 2.0 waren all die Versuche, die sozialzerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus einzudämmen, mit den großen Innovationen der Sozialversicherungen. Diese stellen einen institutionellen Rahmen, um die sozial zersetzenden Tendenzen des Kapitalismus zu begrenzen. Dies führte zu Wohlfahrtsökonomien, Sozialpolitik, manche sagen »sozialer Marktwirtschaft«. Selbstverständlich wurde Kapitalismus 2.0 nie vollendet und nie auf die Dauer gesichert. Dennoch ist es an der Zeit, vom einem Kapitalismus 3.0 zu sprechen, einem System, das es schafft, die naturzerstörerischen Tendenzen zu begrenzen.

WAS KÖNNTEN PRINZIPIEN EINES KAPITALISMUS 3.0 SEIN?

1. Qualitätsstandards: Es kann nicht den Kräften des Marktes überlassen werden, was und wie produziert wird. D.h., es braucht Formen der sozialen Steuerung, die auf ökologische Qualitätsstandards hin arbeiten – auf soziale auch, der Einfachheit halber beschränke ich mich hier auf ökologische. In Japan gibt es z.B. den so genannten *top-runner-approach*: Die Regierung eruiert, was zu einem bestimmten Zeitpunkt die beste Waschmaschine ist. Diese erhebt sie zum Standard. Den müssen in

fünf Jahren alle erreichen. Und dann wird wiederum die fortgeschrittenste Technologie identifiziert und die wiederum zum neuen Standard. Dies ist nur ein Beispiel, das auch auf ökologische Standards angewandt werden könnte. Andere Qualitätsstandards sind FairTrade oder Biolabel und anderes mehr. Es ist wahrscheinlich, dass mit der Zeit gesellschaftlich akzeptierte Produktionsverfahren und Produkte herauskommen.

2. Grenzen setzen. Es ist eine öffentliche Aufgabe, Grenzen in Bezug auf unser Verhältnis zur Natur zu formulieren und durchzusetzen. Bisher war es öffentliche bzw. staatliche Aufgabe, den Konflikt unter den Menschen zu regulieren. Diese besteht fort, aber es kommt eine neue Aufgabe hinzu, die Regulation des Konflikts zwischen dem Wirtschaftssystem, der menschlichen Lebensweise und der Natur. Also gehört es zu den vornehmsten Aufgaben der Politik, im weitesten Sinne des Wortes, Grenzen zu formulieren, durchzusetzen und so zu gestalten, dass sie nicht ungleich wirken. Das verschärft allerdings jeden Verteilungskonflikt.

Der Versuch, Grenzen zu setzen, wird bereits unternommen, z.B. mit dem europäischen Emissionshandel – bisher ein eher missglückter Ansatz. Der Grundgedanke dahinter ist aber im Sinne einer lebensdienlichen Marktwirtschaft. Denn der Grundgedanke ist nicht *trading* (Handel). Das ist die Leistung der Amerikaner, dass sie etwas als *emissions trading* verkaufen, so dass alle Wirtschaftsfreunde begeistert mittun. Ein wichtiger Teil der Wirtschaft verspricht sich immer noch viel vom Emissionshandel. Um-

gekehrt: Unseren Freunden von der Linken und den Globalisierungskritikern stehen die Haare zu Berge, weil es um marktwirtschaftlichen Handel mit Emissionen geht. Doch der entscheidende Angelpunkt des Ganzen ist *caping*, die Begrenzung von Emissionen, nicht *trading*. Es gibt kein *trading* ohne *caping*, aber es kann sehr wohl *caping* ohne *trading* geben. Aus diesem Grund haben wir argumentiert, dass der so genannte Emissionshandel eine interessante institutionelle Innovation sein kann, wenn er eine Reihe von Bedingungen erfüllt: Die Emissionsgrenzen dürfen nicht in einem Kuhhandel zwischen Politik und Wirtschaft festgelegt werden, sondern von einer unabhängigen Institution. Eine weitere Bedingung wäre, dass die Lizenzen zum Ausstoß von Emissionen am Beginn der Kette erworben werden müssen, schon bei der Ressourcengewinnung und Energieerzeugung.

3. Natürlich müssen Lizenzen etwas kosten. Wir erleben eine *great commons robbery*, einen großen Raub an Gemeineigentum, wenn Emissionsrechte unentgeltlich ausgegeben werden und Unternehmen damit Milliarden von Euro an Gewinnen machen.

4. Wer erhält eigentlich die Einnahmen aus dem Verkauf der Rechte, der Bepreisung der Natur, nicht nur beim Emissionshandel? Längerfristig fallen da große Summen an. Es wird geschätzt, der europäische Emissionshandel könne in den nächsten Jahren 50 bis 70 Milliarden Euro im Jahr erwirtschaften. Diese Einnahmen gehören zwei Gruppen von Menschen: Einerseits den europäischen Bürgern, denn die Luft ist ein Gemeinschaftsgut. Andererseits gehört die Atmosphäre nicht nur

Europa – insofern sollten die Einnahmen auch dazu eingesetzt werden, um naturverträgliche Bedingungen auf der ganzen Welt zu schaffen.

WACHSTUM ODER WOHLSTAND?

Wer das Wachstumskapitel in unserem Buch aufmerksam liest, wird feststellen, dass sich dort mehr Fragen als Gewissheiten finden. Vielleicht ist es uns kunstvoll gelungen, dies zu verschleiern. Doch wir glauben, auch wenn es nicht so ausdrücklich gesagt wird, dass es keinen Umbau auf eine langfristig naturverträgliche Ökonomie geben kann, ohne die Wachstumsfrage zu stellen. Es kann keine ökologische Ökonomie geben ohne ›Wachstumsbefriedigung‹. Warum? Um es vorsichtig zu sagen: Was gegenwärtig in der öffentlichen Debatte *common sense* ist, ist unplausibel. In der EU, bei der deutschen Regierung und auch bei Teilen der Umweltforscher und Umweltfreunde, ist *common sense*, dass es möglich wäre, 80-90 Prozent weniger fossile Energien im Jahre 2050 zu nutzen, und *gleichzeitig* die Wirtschaftsleistung zu verdoppeln. Dies ist aller Wahrscheinlichkeit nicht möglich. Aus diesem Grund erfordert die Vorsorge eine politische Debatte: Wie kann eine Ökonomie gebaut werden, die einigermaßen ein auskömmliches, gutes Leben ermöglicht, ohne dass sie wachsen muss. Auf diese Frage haben wir keine Antwort. Es ist nicht plausibel, zu glauben, dass man den ökologischen Fußabdruck drastisch verkleinern könnte, ohne auch den ökonomischen Fußabdruck zu verkleinern.

Oben: »Erosion«, 2004
Unten: »Cotes du Rhône«, 2007
Fotos: Rolf Pilarsky



WIDER DEN WACHSTUMSWAHN. FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

TADZIO MÜLLER
UND STEPHAN KAUFMANN

»Der Kapitalismus ist ein hochgradig lernfähiges, evolutionäres System, das bisher noch jede Krise und jede Opposition in einen Innovationsschub verwandelt hat.«
(Ralf Fücks)²

Der neoliberale Kapitalismus steckt in der Krise. Genauer gesagt, in den Krisen, und Krisen sind bekanntlich Zeiten, in denen die Dinge sich ändern und die Karten neu gemischt werden. Dementsprechend fand kurz vor der Europawahl auch eine kleine Revolution statt, als die *Financial Times Deutschland* – Stimme des aufgeklärten, internationalisierten Kapitals – eine Wahlempfehlung nicht für die FDP, schon gar nicht für die mittlerweile allzu sozialdemokratisierte Union aussprach, sondern für die Grünen. Sie sprechen von der Partei als »marktfreundliche[m] Innovationsmotor«, vom »grünen New Deal«, der vorsieht, »über ehrgeizige Klimaschutzvorgaben ein Konjunkturprogramm für ökologische Zukunftstechnologien« aufzulegen. Schlussfolgerung: »Wer mit seiner Stimme also sinnvolle Veränderungen vorantreiben will, kann sein Kreuzchen diesmal bei den Grünen machen.« (FTD 2009)

Da stellt sich die Frage, was den »Green New Deal« (GND) für die Redaktion der FTD so attraktiv macht. Unsere These dazu ist

folgende: Interessant am GND ist für die Kapitalseite nicht, ob er nun wirklich die Vielzahl von derzeit akuten ökologischen Krisen³ lösen kann – wir gehen davon aus, dass er dies nicht kann, vgl. unten –, sondern ob er diese Krisen als neuen Wachstumsmotor internalisieren kann, um damit die anderen Krisen des Kapitalismus zu lösen. Es geht also nicht um einfaches *greenwashing*, grün-gefärbtes Marketing ohne wirkliche Substanz. Es geht vielmehr darum, am Ende des neoliberalen Wachstumsregimes eine neue Akkumulationsperiode loszutreten, einen »grünen Kapitalismus«. Und im grünen Kapitalismus wird die »Biokrise« eben weder gelöst noch ignoriert, sondern steht im Zentrum der Wachstumsstrategie. Der grüne Kapitalismus, dessen progressivste Ausformulierung der Vorschlag für einen GND ist, stellt also eine Art ökologischer Inversion von Kennedys berühmten Satz dar: Frage nicht, was du für die Umwelt tun kannst, sondern was die Umwelt für dich tun kann.

KRISE, KRISEN

Und zu tun gibt es einiges... Da wäre die schon seit Ende der 1990er Jahre schwelende politische Krise, eine Krise der Legitimation sowohl globaler, als auch nationalstaatlicher Institutionen, von der Welthandelsorganisation WTO, dem IWF und der Weltbank, über nationale Parlamente, Parteien und Klassenkompromisse. Zwar konnte dieser Legitimitätsverlust kurzzeitig durch den War on Terror aufgefangen werden, dieser stellte aber im besten Fall eine Strategie der Dominanz dar, die nach wenigen Jahren die Systemstabilität eher weiter unterminierte, als sie sicherzustellen. Zweitens

ist da die Weltwirtschaftskrise, Resultat nicht ›nur‹ des Kollaps des Finanzwesens, sondern tieferer Ursachen wie, z.B. der Abwesenheit eines nachhaltigen Wachstumsmotors, in deren Folge immer mehr Profite mit immer kurzlebigeren *bubbles* gemacht werden mussten. Und – eingedenk, dass wir hier Krisentendenzen im Auge haben, die von herrschender Seite aus relevant sind – schließlich die Energiekrise: Die Vorkommen fossiler Energieträger, auf denen aktuell das Weltwirtschaftssystem basiert, neigen sich über kurz oder lang dem Ende zu, was mittelfristig steigende Energiepreise und Konflikte um ›Energiesicherheit‹ mit sich bringen wird. Ob der Neoliberalismus also ›am Ende‹ ist, darüber lässt sich streiten. Klar ist: Kapitale und Regierungen brauchen, in den Worten von Lord Sterns, »einen guten Wachstumsmotor [...] um aus dieser [Krise] herauszukommen – es geht nicht einfach nur darum, die Nachfrage anzuheben« (FTD 2.12.2008). Woher einen solchen Motor nehmen?

BIOKRISE, ANTAGONISMUS UND DER GRÜNE KAPITALISMUS

Es gibt eine weitere Krise nicht nur mit dem Potenzial, den Kapitalismus zu zerstören – sondern auch, ihm neues Leben einzuhauchen: Die Biokrise, die sich aus der Vielzahl sozial-ökologischer Krisen wie Klimakrise, Verlust von Biodiversität, Versteppung usw. zusammensetzt. Diese Krise birgt das Potenzial, nicht nur die Wirtschafts-, sondern gleich alle drei oben genannten Krisen auf einen Schlag zu lösen. Man bedenke drei Beispiele: erstens (Stichwort Legitimationskrise) den G8-Gipfel in Heiligendamm. Dort lief die globalisierungskritische

Bewegung trotz taktisch brillanter Aktionen strategisch ins Leere. Während wir versuchten, die G8 mittels unserer ›traditionellen‹ anti-neoliberalen Kritik zu de-legitimieren, schaffte diese es – allen voran Angela Merkel –, sich dadurch zu *re*-legitimieren, dass der Eindruck vermittelt wurde, hier würde das ›Menschheitsproblem‹ Klimawandel angegangen, gar gelöst. Zweitens (Stichwort Wirtschaftskrise) sind die vielen ›grünen‹ Konjunkturprogramme zu nennen, d.h. die mehr oder minder grünen Aspekte der verschiedenen schon verabschiedeten Programme: vom bundesdeutschen Paket, das relativ armselige 10 Prozent in grüne Sektoren investiert (inklusive der unökologischen ›Abwrackprämie‹), bis hin zum südkoreanischen mit 80 Prozent (FTD 2.3.2009). Ganz zu schweigen von den ein bis drei Billionen US-Dollar, die bis 2020 eventuell in den Kohlenstoffmarkt investiert werden können – entsteht hier der neue *subprime*-Markt (*Guardian* 25.3.2009)? Drittens (Stichwort Energiekrise) geht es bei der Förderung erneuerbarer Energien oft weniger ums Klima als um die Frage der Energiesicherheit – mehr Windenergie zuhause heißt weniger Abhängigkeit vom Öl anderer Länder. Ein weltweiter Klimaschutz birgt enorme Exportchancen für jene Staaten, die zu den Weltmarktführern bei der Ökotechnologie zählen. Dies ist laut Bundesumweltbericht 2009 insbesondere Deutschland.

Was genau passiert hier? Krisen sind im Kapitalismus nicht notwendigerweise negativ: Der Kern des fordistisch-keynesianischen New Deals, der zur temporären Lösung der Krise der 1920er und 30er Jahre beitrug, lag darin, dass der Antagonismus zwischen Arbeit und

Kapital weder gelöst noch ignoriert, sondern *herrschaftsförmig internalisiert* wurde. Es war dieser Antagonismus, der – domestiziert und entschärft in den korporatistischen Abkommen zur Lohn- und Produktivitätssteigerung, sowie den Kämpfen der fordistischen Ära, die sich bald nur noch um die Höhe des Lohns drehten – dann eine neue Periode kapitalistischer Entwicklung und Akkumulation anstieß: das ›goldene Zeitalter‹ des Kapitals. Das Geheimnis der Langlebigkeit des Kapitals liegt auch in seiner Fähigkeit, Grenzen und die Krisen, die sie produzieren, als Triebfeder seiner weiteren Ausdehnung zu benutzen.

Was vor 80 Jahren der Klassenantagonismus war, ist nun die Biokrise, selbst Resultat eines ebenso unauflöselichen Antagonismus zwischen dem kapitalistischen Zwang zur grenzenlosen Akkumulation und unserem kollektiven Überleben in einer begrenzten Biosphäre – zwischen unendlichem Wachstum und unserer Existenz auf einem endlichen Planeten. Die Biokrise könnte es Kapitalfraktionen und Regierungen erlauben, die oben beschriebenen Legitimations-, Akkumulations-, und Energiekrisen zumindest zeitweise herrschaftsförmig zu bearbeiten. Der Antagonismus soll und kann nicht gelöst, vielmehr zur Triebfeder eines neuen ›grünen Kapitalismus‹ werden und gleichzeitig zur Ausdehnung staatlicher Regulation und Herrschaft in unsere Alltagsleben dienen. In der politischen Energie, die von der Biokrise produziert wird – zum Beispiel in der weit verbreiteten Wahrnehmung des Klimawandels als ein ›Menschheitsproblem‹ – liegt das Potenzial, durch die so genannte ›ökologische Modernisierung‹ wirtschaftlicher

und politischer Strukturen bedeutende neue Akkumulationsräume und politische Legitimationsreserven zu erschließen.

DER GREEN NEW DEAL UND LINKE GEGENSTRATEGIEN

Während es also gut denkbar ist, dass der GND tatsächlich die Wirtschafts- und anderen Krisen zumindest zeitweise lösen kann, so wird deutlich, dass er die Biokrise nicht lösen wird – denn er ist ein attraktives Projekt der kapitalistischen Modernisierung und perpetuiert ihre Dynamik: »Akkumuliert, akkumuliert!« (MEW 23, 621). Kapital braucht oder *ist* Akkumulation, und 200 Jahre real existierende Kapitalakkumulation ist immer im Umweltraum expansiv gewesen.

Viele versprechen, dass die Geschichte vom umweltverträglichen (›nachhaltigen‹) kapitalistischen Wachstum, die uns seit über 20 Jahren erzählt wird, diesmal wahr wird – wirklich! Es mag so sein, dass der Klimaschutz für die Weltgemeinschaft billiger ist als der fortgesetzte Klimawandel. Damit ist aber nicht geklärt, wer für die Kosten aufkommt. Auf den globalen Klimakonferenzen ringen die Staaten daher um die Ausgestaltung des künftigen Klimaregimes, das ihre Stellung in der globalen Konkurrenz der Kapitalstandorte entscheidend modifiziert. Wer gewinnt und wer verliert – diese Fragen lassen die Klimaverhandlungen immer wieder scheitern oder mit kleinlichen Minimal-Kompromissen enden, voraussichtlich auch in Kopenhagen im Dezember 2009.

20 Jahre ökologischer Modernisierung des Kapitalismus haben erstaunliche Fortschritte, aber keine relevanten ökologisch positiven

Effekte ermöglicht. Erneut auf die Ergebnisse eines Klimagipfels zu setzen, also immer wieder das Gleiche zu tun, und dabei trotzdem andere Ergebnisse zu erwarten – so definierte Albert Einstein einmal den Wahnsinn. In diesem Sinne ist die real existierende Klimapolitik ›wahnsinnig‹: Weder Emissionshandel, noch die Einspeisung von mehr erneuerbaren Energien in den Energiemix haben nennenswerte Emissionsreduktionen produziert. Emissionshandel hat sich als weniger effektiv und langsamer erwiesen als die z.B. in Deutschland durchgesetzten direkten Ver- und Gebotsmaßnahmen. Kontraproduktiv ist auch der ›Kohlenstoff-Ablasshandel‹ im Rahmen des *Clean Development Mechanism* des Kyoto-Protokolls, der es Industrieländern erlaubt, Emissionsreduktionen im globalen Süden zu tätigen, anstatt ihre eigenen Emissionen zu verringern.

Im März stellte eine Konferenz in Kopenhagen fest, dass die Erderwärmung deutlich schneller vonstatten geht, als dies in den pessimistischsten Szenarien des Weltklimarates vorhergesagt wurde (*Guardian* 12/2009) – es werden nicht nur immer mehr Treibhausgase ausgestoßen, sondern die Geschwindigkeit des Anstiegs steigt sogar.⁴ Es gab nur zwei Prozesse, die in den letzten 20 Jahren tatsächlich zu klimaschutzrelevanten Reduktionen geführt haben: der Zusammenbruch der wachstumsfixierten Wirtschaften des staatssozialistischen Ostblocks und die gegenwärtige Wirtschaftskrise.⁵ Diese beiden Prozesse haben eines gemeinsam: drastische Einbrüche des Wirtschaftswachstums.

Der attraktiv klingende Vorschlag für einen GND ignoriert die ökologisch zentrale

Dimension des Wachstums. Längst hat die ökonomische Perspektive die ökologische abgelöst. Doch trotz dieser offensichtlichen Schwäche – die selben Grünen, die jetzt den GND als das bessere kapitalistische Wachstumsprogramm verkaufen, haben bis vor kurzem noch vor den ›Grenzen des Wachstums‹ gewarnt – präsentiert dieses Programm sich nach links als pragmatische, angesichts der allseits beschworenen Dringlichkeit der ökologischen Krisen einzig mögliche Route, die eine sozial-ökologische Linke beschreiten kann. Dies ist nur so lange wahr, wie die Linke dem kapitalistischen Wachstumsprinzip verhaftet bleibt. Denkt man darüber hinaus, eröffnen sich neue politische Möglichkeiten, auch Notwendigkeiten. Zum Beispiel: Klimagerechtigkeit statt Wachstumswahn!

Dies ist keine leere Forderung, kein abstrakt-radikaler Allgemeinplatz. Nach dem Niedergang der großen globalisierungskritischen Gipfelproteste ist in den letzten Jahren eine globale Bewegung für Klimagerechtigkeit entstanden: Die Klimakrise ist ein soziales Problem. Sie ist Resultat sozialer, kapitalistischer und anderer Ausbeutungsverhältnisse (Nord/Süd, Gender etc.). Deshalb muss jeder Versuch, sie zu lösen, an diesen Verhältnissen und nicht einseitig an der (technischen) Frage der Ressourceneffizienz ansetzen. Die Bewegungen, die zum und vor allem gegen den so genannten Klimagipfel im Dezember dieses Jahres in Kopenhagen mobilisieren, stehen daher unter dem Motto: »Change the system, not the climate!« Es müssen Schritte unternommen werden, die tatsächliche klimapolitische Relevanz haben und drastische Emissionsreduktionen produzie-

ren. Diese Schritte müssen die soziale Frage im Blick haben, somit sowohl das Gerechtigkeitsgefälle im Klimawandel bearbeiten, als auch die sozialen Ursachen des Klimawandels – die kapitalistische Produktionsweise – bekämpfen. Gleichzeitig müssen diese geforderten, und soweit als möglich schon praktizierten Schritte angesichts der krisenbedingten Offenheit des politischen Feldes eine Art klimapolitisches Übergangsprogramm darstellen, das zumindest potenziell hegemoniefähig ist, uns aber auf jeden Fall vom Pfad des immer weiteren Wachstums abbringt. Einige der Vorschläge der Bewegung um Kopenhagen sind: Energiekonzerne enteignen, Energiesysteme dezentralisieren; fossile Ressourcen im Boden lassen; Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssouveränität; Reform unserer Städte und Transportsysteme, Ausbau des öffentlichen Sektors; Anerkennung und Zahlung ökologischer Schuld des Nordens an den Süden. Sicherlich: was hier verlangt und relativ kleinteilig bereits praktiziert wird, ist nicht leicht umzusetzen. All diese Schritte würden unser Leben, vor allem im globalen Norden, massiv verändern und unsere Konsummöglichkeiten drastisch einschränken. Aber genau das ist notwendig: Wir können uns *business as usual* nicht mehr leisten.

Wir können einfach so weitermachen und hoffen, dass ein Green New Deal alles für uns richtet, quasi hinter unserem Rücken und ohne, dass sich unsere Leben wirklich ändern. Aber das wäre – der reine Wahnsinn. Stattdessen gäbe es eine neue Welt jenseits von Konsumismus und Lohnarbeit zu gewinnen (Kaufmann/Müller 2009).

DEN GREEN NEW DEAL

NICHT ABLEHNEN,

SONDERN INSTANDBESETZEN!

**FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE
TRANSFORMATION**

FRIEDER OTTO WOLF

In der Geschichte der Arbeiterbewegung ist einiges schief gegangen. Und einiges davon beruhte auf unter den Agierenden verbreiteten Irrtümern. Auch wer glaubt, emanzipatorische Bewegungen im 21. Jahrhundert könnten sich von der Arbeiterbewegung verabschieden, wird diese Irrtümer nicht vergessen können. Denn jede radikale, emanzipatorische Praxis, die sich nicht erinnert, läuft Gefahr, diese Irrtümer zu wiederholen. Ein strategisch zentraler Irrtum – der in enger Verbindung stand mit den politisch destruktiven Formen, die die Spaltung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen hat – war die verbreitete Auffassung, es wäre eine Alternative, für konkrete Verbesserungen, für Reformprozesse oder aber für die Revolution, für einen großen Sprung in das ganz andere einzutreten. Von Lenins und Luxemburgs Plädoyers für eine radikale bzw. revolutionäre Realpolitik über die trotzkistischen Gedanken über Übergangsforderungen bis hin zu eurokommunistischen Postulaten eines »Bruchs als Prozess« (Rossana Rossanda) und dem daraus entwickelten Konzept »systemüberwindender Reformen« ist diesem

verbreiteten Irrtum entgegen gearbeitet worden. Und doch drängt sich diese falsche Alternative in den politischen Debatten immer wieder auf.

Die gegenwärtige Debatte um einen Green New Deal leidet offensichtlich erneut unter diesem Irrtum. Anstatt die konkreten Vorschläge für ein Notprogramm zur Krisenbewältigung zu kritisieren, das – wie der historische New Deal in den USA – Massenelend und Massenarbeitslosigkeit durch eine Kombination von Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen und Sozialpolitik bekämpfen und dabei zugleich die dringlichsten Erfordernisse einer Überwindung der ökologischen Krise praktisch angehen, also im sachlichen Sinne grün wirken soll, wird primär darüber diskutiert, ob das damit z.T. verknüpfte »Versprechen« einer »grünen Marktwirtschaft« – international wird etwas offener von einem *green capitalism* gesprochen – überhaupt einlösbar ist. Das verfehlt das eigentlich zu erörternde Thema – das wird hoffentlich nicht nur mir deutlich, der sich daran erinnert, dass die gegenwärtige Debatte keineswegs die erste ist, die über das Thema geführt wird (vgl. den Artikel »Grüner New Deal« von Willi Brüggem im *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*). Denn die damalige Debatte – deren Ergebnisse vor 1989 von Politikern wie Oskar Lafontaine und Ludger Volmer vertreten worden sind – war noch davon geprägt, derartige ideologische Vorabfestlegungen zu vermeiden und in den dringlichen Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise des Fordismus, wie sie als ein erster Schritt propagiert wurden, durchaus auch die Möglichkeiten zu einer weiter und tiefer gehenden gesellschaftsstrukturellen Um-

gestaltung mitzudenken. Die ÖkosozialistInnen, die an der damaligen Debatte mitwirkten, hatten die Konzepte der radikalen Realpolitik keineswegs vergessen.

Es ist nicht unwichtig, festzuhalten, dass die gegenwärtige Auseinandersetzung um den Green New Deal von Anfang an eine internationale Debatte gewesen ist, innerhalb derer die deutsche Auseinandersetzung um den entsprechend benannten Vorschlag der Grünen nur eine Episode darstellt. Es macht daher auch konzeptionell wenig Sinn, sich allein auf den konkreten parteipolitischen Vorschlag der deutschen Grünen zu beziehen – bereits die Europäischen Grünen haben eine sehr viel interessantere Konzeption vorgelegt (die auch gesellschaftspolitisch interessanteste Konzeption hat m.W. eine britische Intellektuellengruppe vorgelegt, die Green New Deal Group).

Zum einen ist zu betonen, dass die Debatte um einen Green New Deal international selber im Kontext einer Debatte um einen so genannten »New New Deal« (Paul Krugman) steht, der die heraufziehende große Wirtschaftskrise eindämmen und bekämpfen soll. Zum anderen muss auch in Deutschland begriffen werden, dass die Forderung nach einer grünen Akzentuierung eines derartigen New Deal keine parteipolitische Festlegung bedeutet: Die ökologische, sprich grüne Sache ist kein Monopol der grünen Parteien.

Hier liegt eine raffinierte politische Abseitsfalle: Wer jeden New Deal ablehnt, weil er lieber eine Revolution haben möchte, verabschiedet sich zumindest aus der Tagespolitik – ich denke, überhaupt aus den Auseinandersetzungen, in denen sich politische

Subjekte und gesellschaftspolitische Bündnisse erst herausbilden können. Wer speziell eine grüne Ausrichtung eines New Deals ablehnt, der wird zum Komplizen derjenigen unter den herrschenden Eliten, die die Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit der sich zuspitzenden ökologischen Krise leugnen. Die Tatsache dieser Abseitsfalle kann trefflich denunziert werden. Eine Denunziation trägt aber nun einmal nichts zum weiteren Spielverlauf bei.

Daher gibt es m.E. keine andere Möglichkeit, als sowohl an der Debatte über einen New Deal, als auch über dessen notwendig grüne Ausrichtung kritisch-konstruktiv teilzunehmen. Nur so kann der Spielverlauf überhaupt noch beeinflusst werden. Vielleicht kann auf diese Weise die Möglichkeit gewonnen werden, in der nächsten Runde unter günstigeren Voraussetzungen mitspielen zu können. Was gibt es dagegen für Argumente, sich überhaupt nicht an der Debatte über einen New Deal zu beteiligen? Ich sehe hier zwei Gruppen: erstens theoretische Argumente gegen die politische Verstärkung von ›reformistischen Illusionen‹ und zweitens historische Argumente gegen den wRooseveltschen New Deal als ein mögliches Modell für eine gegenwärtige Politik.

Zunächst einmal gibt es gewiss eine Ebene, auf der diese Argumente schlicht wahr sind. Leider sind sie auf dieser Ebene aber auch ganz trivial und für praktische Orientierungen untauglich: Es wäre eine reformistische Illusion, zu glauben, die in unseren Gesellschaften herrschende kapitalistische Produktionsweise könnte sich durch geeignete politisch-institutionelle Reformen ihrer inneren Widersprüche

entledigen. Und es wäre ein offensichtlicher Unfug, zu glauben, die Politik Franklin Delano Roosevelts aus den USA der 1930er Jahre ließe sich über 70 Jahre später global, europäisch oder in Deutschland wiederholen.

Darum geht es in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen gar nicht: Die Vertreter eines New Deal versprechen nicht, einen widerspruchs- und krisenfreien Kapitalismus zu schaffen (und unterscheiden sich insofern im Bewusstseinsstand ganz erheblich von den Theoretikern der New Economy der End-1990er), sondern nur eine relative Restabilisierung von Wirtschafts- und Sozialentwicklung aufgrund von Umverteilung und Betonung der Binnenwirtschaft. Sie wollen auch nicht einfach die *blueprints* der Rooseveltschen Technokratie erneut anwenden, sondern verweisen auf den komplexen historischen Prozess, geprägt von Regierungshandeln und sozialen Kämpfen, der die längerfristigen Auswirkungen des historischen New Deals in den USA hervorgerufen hat und plädieren dafür, dass heute vergleichbare Ergebnisse zu erzielen wären.

Vielen Linken fällt es immer noch schwer, den historischen Stellenwert des Rooseveltschen New Deal in der Nacht des 20. Jahrhunderts zur Kenntnis zu nehmen – der zunächst innerhalb der USA, wie etwa Mario Tronti herausgearbeitet hat, einen immer tiefer greifenden Umgestaltungsprozess mit gesellschaftspolitisch offenem Ausgang eingeleitet hatte, um sich dann – unter Schließung der radikaleren gesellschaftspolitischen Optionen im Inneren – gegen die historisch existierenden Alternativen des deutschen Faschismus und des sowjetischen Stalinismus als weltweit

hegemoniale Kraft durchzusetzen und die Entwicklung des Fordismus entscheidend zu prägen. Jedenfalls enthält dieser historische Prozess die Lektion, dass wir es in den modernen Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, nicht mit einer schlichten linearen Entwicklung des Systems, sondern mit dramatischen historischen Entscheidungen zu tun haben, die sich auf real entstehende Entwicklungsalternativen (»Bifurkationen«) beziehen. Die Bifurkation der letzten großen Krise kehrt gewiss nicht wieder. Darauf aber, dass in der gegenwärtig heraufziehenden Krise erneut mit derartigen Entwicklungsalternativen zu rechnen ist und der New Deal sich in der letzten großen Krise als das historische Erfolgsprojekt durchsetzte, beruht die heute verbreitete Faszination durch New-Deal-Konzepte.

Eine mögliche Politik eines New New Deal kann keine Wiederholung der alten sein. An dieser Stelle konkret die Debatte darüber zu führen, worin dessen Neuheit bestehen muss, heißt unvermeidlich auch, die Diskussion über das *grüne* Moment eines möglichen New Deals aufzunehmen – darüber hinaus aber auch das Moment der Geschlechter- und Nord-Süd-Verhältnisse. Denn es kann erstens durchaus triftig gegen die meisten Konzepte eines New New Deal eingewandt werden, dass sie es versäumen, schon in ihren allerersten Schritten die Dringlichkeiten der ökologischen Krise zu berücksichtigen (und insbesondere auf eine unhaltbar gewordene Wachstums-ideologie abfahren). Und es muss zweitens die

»Shanghai«, Shanghai 2009, Foto: www.tranquillium.com



historische Erfahrung reflektiert werden, dass die unbestreitbaren historischen Erfolge des Roosevelt'schen New Deals in einem unbestreitbaren Zusammenhang stehen mit einer repressiven Erneuerung der patriarchalischen Kleinfamilie als Gehäuse des Massenkonsums, sowie mit der neokolonialen Intensivierung der Ausbeutung des globalen Südens vor allem durch In-Wert-Setzung seiner Naturressourcen.

Die Sofortmaßnahmen, wie sie in den unterschiedlichen Konzeptionen für einen Green New Deal gebündelt werden, müssen selbstverständlich bei der gegenwärtig herrschenden historischen Lage ansetzen. Das kann ihnen nur zum Vorwurf machen, wer einen übergangslosen Sprung aus dieser Lage heraus für möglich hält – wer also den Anspruch aufgegeben hat, eine hier und heute wirksame Politik zu machen.

In diesem Sinne ist etwa die Auseinandersetzung um den Rückgriff auf die so genannten ›marktförmigen Instrumente‹ einer ökologischen Umgestaltung zu führen. Wer ihnen einfach nur ihre Marktförmigkeit vorwirft, hat nicht verstanden, worum es geht. Etwa die *emission trading systems* (ETS) sind nicht allein deswegen zu kritisieren, weil in ihnen überhaupt ein Handel stattfindet, sondern weil dieser Handel unter Voraussetzungen stattfindet (keine Mindestpreise, keine eingebaute planmäßige Mengenreduktion), die ihre ökologische Wirksamkeit (im Sinne einer planmäßigen und raschen Reduktion der Emissionsmengen) mehr als zweifelhaft macht und aufgrund derer keine gleichzeitige Verbesserung der Macht- und Kräfteverhältnisse zugunsten der Diskriminierten und

Abhängigen erwartet werden kann – obwohl es durchaus Gegenvorschläge gibt, derartige marktförmige Instrumente wirksamer und zugleich demokratisierungsförderlicher auszugestalten. Eine derartige Herangehensweise nimmt der Kritik etwa an der ETS-Politik der EU nichts von ihrer Schärfe – sie macht sie aber auch für diejenigen nachvollziehbar, die nicht schon von vornherein die Prämisse teilen, dass Warenförmigkeit schlecht und daher zu überwinden ist.

Eine Politik der radikalen, emanzipatorischen Linken muss sich heute von der falschen Vorstellung befreien, dass sie zwischen der Entfaltung ihrer radikalen Visionen und einem Eingreifen in die Tagespolitik zu wählen hätte. An die Stelle dieses schlechten Entweder-Oder muss sie ein entschlossenes Sowohl-als-auch setzen – indem sie sowohl ihre radikalen Zukunftsvisionen – klassenlose, herrschaftsfreie Gesellschaft, ökologische Versöhnung der Menschheit mit der Biosphäre, befreite Geschlechterverhältnisse, solidarisches Zusammenleben der Völker in einer friedlichen Menschheit – als solche mutig entfaltet, als auch konkret und genau darüber mitdiskutiert, wie heute sinnvolle erste Schritte zur Überwindung der gegenwärtigen Krisenkonstellation gegangen werden können.

In der gegenwärtigen Debattenkonstellation kann es daher für eine emanzipatorische Linke nicht darum gehen, sich dem Gedanken eines New New Deal als solchem entgegenzustellen (wohl aber den damit immer wieder verbundenen Illusionen). Vorschläge für einen Green New Deal sind daher nicht als solche zu verwerfen und zu bekämpfen, sondern konkret

im Einzelnen daraufhin zu prüfen, ob die in ihnen vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen das leisten können, was sie versprechen (oder vielleicht auch gänzlich ungeeignet sind) – und ob es nicht noch bessere Vorschläge gibt, wie sie sich in anderen Konzeptionen eines Green New Deal finden lassen oder auch aus bereits laufenden Debatten in den wirklichen sozialen Kämpfen entwickeln lassen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei darauf zu richten sein, dass die Auswirkungen einer Durchsetzung derartiger Maßnahmen auf die Macht- und Kräfteverhältnisse zwischen den Geschlechtskategorien, zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden sowie zwischen den gesellschaftlichen Klassen ernsthaft reflektiert und praktisch berücksichtigt werden.

Das heißt nicht, dass der Green New Deal, so wie er international breit diskutiert wird, als solcher bereits mit ökosozialistischen Übergangsforderungen zu verwechseln oder als eine Art von uneingestandenem Übergangsprogramm zu begreifen wäre. Aber wer es ernst meint mit der Forderung nach einem ökologischen, feministischen und anti-imperialen Transformationsprozess, der aus der gegenwärtigen Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise herausführt, muss hier ansetzen.

Mao dze Dong hat einmal eine alte chinesische Bauernregel in die Strategiedebatte der historischen kommunistischen Bewegung eingebracht: »Eine Reise von 1000 Meilen beginnt mit dem ersten Schritt.« Das bleibt auch nach dem Ende dieser historischen Bewegung nach beiden Seiten hilfreich: Zum einen wird derjenige, der gar nicht weiß, wohin er reisen will, gar keine ersten Schritte machen

können, sondern nur orientierungslos vor sich hin tapern. Zum andern aber werden alle, die zu wissen behaupten, wohin die lange Reise gehen soll, aber nicht angeben können (oder wollen), was der erste Schritt auf dieser Reise ist, sich die Frage gefallen lassen müssen, ob sie dies denn wirklich wissen und ob es ihnen mit diesem Wissen ernst ist – oder ob sie sich bloß angenehmen Träumen hingeben und aus lauter Angst vor den sicherlich schwer zu vermeidenden Irrtümern jede wirkliche politische Praxis vermeiden. Welcher erste Schritt getan werden soll (und kann), darum muss allerdings gestritten werden.

1 Red.: Die Dimension der Dezentralisierung würde gegen die u.a. von Ralf Fücks (beim Rat für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS am 14.5.2009, Berlin) favorisierte Erzeugung von Solarenergie in der nordafrikanischen Wüste sprechen, wie sie ein internationales Firmenkonsortium mit Investitionen in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro plant.

2 Bei der Neugründung des Rates für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS am 14.5.2009, Berlin; vgl. auch Fücks/Steenbock (2007, 63).

3 Neben der Klimakrise wären da noch der Verlust von Biodiversität, Versteppung, Wassermangel, Zerstörung ökologischer Ökosysteme (v.a. in den Meeren) u.a.m.

4 www.bio-medicine.org/biology-news/Increase-in-carbon-dioxide-emissions-accelerating-3706-1/ – jedenfalls war dies bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise der Fall.

5 <http://euobserver.com/9/27913>; <http://withoutyourwalls.wordpress.com/2009/06/24/its-the-economy-stupid/>

LITERATUR

Barnes, Peter, 2008: *Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter*, Hamburg

Fücks, Ralf, und Kristina Steenbock, 2007: Die Große Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: *böll Thema*, H. 1, 63, www.boell.de

Kaufmann, Stephan, und Tazio Müller, 2009: *Grüner Kapitalismus*, Reihe einundzwanzig der RLS, Berlin [im Erscheinen]

Pomeranz, Kenneth, 2000: *The Great Divergence. China, Europe and The Making of Modern World Economy*, Princeton

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2008: *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*, Frankfurt/M